

# Die militärische Option ist gescheitert

Dieser Leserbrief zum Thema Krieg in der Ukraine von Erika Richter wurde am 7. Juni 2024 in der OP veröffentlicht.:

Die von der Bundesregierung am 31. Mai 2024 erteilte Erlaubnis, das Einsatzgebiet der aus Deutschland an die Ukraine gelieferten Waffen auf Russland auszuweiten, sowie die geplante Entsendung von Truppen aus Nato-Ländern, muss zurückgenommen werden.

Die Angriffe der Ukraine auf die russischen Frühwarnsysteme rücken eine nukleare Konfrontation in Europa und eine weitere Eskalation bis zu einem Weltkrieg in den Bereich des Möglichen.

Bei einem Angriff auf russisches Territorium mit deutschen Waffen, Personal oder Zieldaten ist Deutschland aktive Kriegspartei. Büchel, Nörvenich, Ramstein, Heidelberg oder Wiesbaden werden legitime Ziele für Raketenangriffe.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Eskalation und eklatante Gefährdung ihrer Sicherheit. Wird diese schreckliche Aufrüstungs- und Gewaltspirale jetzt nicht gestoppt, riskieren gerade wir Europäer, alles zu verlieren.

„Das große Karthago führte drei Kriege. Nach dem ersten war es noch mächtig. Nach dem zweiten war es noch bewohnbar. Nach dem dritten war es nicht mehr aufzufinden“ (Bertolt Brecht).

Das Friedensthema rangiert für viele Wähler an erster Stelle, wie der „ARD-Deutschlandtrend“ zeigt. Von den Regierungsparteien und der CDU wird fälschlicherweise Sicherheit und Frieden mit Waffenlieferung gleichgesetzt. Konflikte lassen sich jedoch nur lösen, wenn Waffen schweigen.

Wie der Verlauf des Krieges in der Ukraine zeigt, ist die militärische Option gescheitert. Sie hat schon jetzt viel zu viel Leid, Elend und Zerstörung gebracht.

Frieden lässt sich nicht herbeibomben. Wer die Botschaft „Wir sind zum Frieden verpflichtet“ nicht verstanden hat, hat nichts begriffen.

Die Kategorie „Feind“ ist nicht mit der Idee des demokratischen Rechtsstaats in Einklang zu bringen. Die Annahme, „der Feind lasse sich nur bekämpfen, nicht überzeugen“, steht im Gegensatz zu einer liberalen, offenen Gesellschaft, in der alle als schützenswerte humane Wesen zu behandeln sind. Zum Frieden führen nur Deeskalation und Abrüstung.

Es ist jetzt höchste Zeit für einen Waffenstillstand. Verhandlungen sollten ohne Vorbedingungen im Sinne des Friedensgebotes im Grundgesetz und der UN-Charta beginnen.

Die kommenden Wahlen sollten zur Richtungswahl für Frieden und gegen Krieg werden.

Eine Stimme nur für Parteien und Personen, die sich ohne Wenn und Aber gegen Waffenlieferungen und für Abrüstung positionieren, Wirtschaftskriege ablehnen und sich weltweit für Waffenstillstand und Verhandlungen mit Interessensausgleich einsetzen.